

Diese Debatte löst keinerlei Probleme

Migration: „Mir sind die Ängste der AfD-Wähler völlig egal“, und „Kritik an Kontrollen“, FR-Tagesthema vom 20. September

Warum fragt niemand nach den Fluchtursachen?

In der Technik, in der Medizin, überall, wo ein Problem auftritt, wird zuerst nach den Ursachen gesucht, bevor man Lösungen angeht. Warum nicht in der Politik? Die AfD nimmt die berechtigten Sorgen der Menschen auf, bietet aber den Bürgern nur Sündenböcke an, keine umsetzbaren Lösungen. Von der Achtung der Menschenwürde ganz zu schweigen. CDU, SPD, FDP, aber auch BSW stärken die AfD, indem sie, getrieben von den gefürchteten Wählerverlusten, vermehrt die Forderungen der AfD aufgreifen.

Wenn man die Herkunftsstaaten ansieht, aus denen die meisten Asylsuchenden zu uns kommen, herrscht dort Krieg. Es sind die Staaten, in denen vor allem die USA, aber auch wir kräftig beteiligt sind! In Wirklichkeit geht es vor allem um Macht und Rohstoffe. Weder in den USA noch in Polen haben hohe Zäune die Menschen von Flucht abgehalten. Auch unsere hilflosen, teuren gegenwärtigen Maßnahmen und Forderungen werden keine wesentliche Besserung bringen. Die Fluchtursachen zu beseitigen oder zumindest zu minimieren, wäre der richtige Schritt, der aber zur Folge hätte, dass Rohstoffe für uns teurer und die Löhne in armen Ländern angehoben würden, was wiederum unseren Wohlstand gefährdet. Das will und kann man den Wählern nicht zumuten. Also werden weiterhin Milliarden für Rüstung und Zerstörung ausgegeben, anstatt eine gerechtere Wirtschaftspolitik anzustreben.

Wolfgang Jeensch, Büdigen

Eine Politik nach dem Sankt-Florian-Prinzip

Auf den Web-Seiten der Deutschen Welle erschien folgende Meldung: „Afghanistan: Taliban verbieten Frauen das Sprechen. Neue Anordnungen der Taliban untersagen Frauen, in der Öffentlichkeit ihre Stimme zu erheben.“ Dies passt sehr gut zur aktuellen Diskussion um Abschiebungen und Asylverweige-

rungen für Menschen aus Afghanistan nach den schrecklichen Vorgängen in Solingen, Forderungen die von Friedrich Merz, Sahara Wagenknecht und Alice Weidel gerade gestellt werden. Der Artikel macht deutlich, in welche Länder abgeschoben werden soll. Wer nach der Lektüre immer noch auf diesen Forderungen besteht, dem sind Menschenrechte für Nicht-Deutsche egal. Islamisten zur Unterstützung der Taliban nach Afghanistan auszuweisen, hilft diesem Regime nur, seine Unterdrückung noch zu verstärken.

Islamisten müssen hier bestraft und eingesperrt werden. Wer fordert, Gefährder in andere Länder zu überstellen, handelt nach dem Sankt-Florian-Prinzip. Sollen die Terrorakte doch in Bulgarien passieren und nicht in Deutschland. Diese Forderungen sind reiner Populismus und lösen kein einziges Problem. Wichtig wäre, sich um die meist jungen Männer frühzeitig zu kümmern, bevor sie sich radikalisieren. Es gibt genug Fachleute, die dies für sinnvoller erachten.

Uwe Afemann, Osnabrück

Grenzkontrollen verhindern keine Amokläufe

Ich möchte mich dem Brief von Hans-Hermann Büchsel (10.9.) anschließen. „Eine Spur des Grauens in Volkmarsen“ schrieb der Spiegel. Sehr lange ist das noch nicht her. Im Jahr Februar 2020 fuhr Marcel P. mit seinem Mercedes in den Fastnachtsumzug von Volkmarsen, Hessen. Er wurde verurteilt wegen versuchten Mordes an 88 Menschen. Unter den Verletzten 26 Kinder, das jüngste drei Jahre alt. Wie hätte man mit Grenzkontrollen dieses Verbrechen verhindern wollen? Auch in Volkmarsen waren Menschen zu einem Volksfest zusammen gekommen, wie in Solingen.

Es gab genug Amokläufe, grauenhaft einer wie der andere, verübt von Menschen mit deutschem Pass. Von denen wird jetzt geschwiegen, wenn es angeblich um „Sicherheit“ geht. Was soll das Gerede über Abschiebungen?

Was soll der Fokus auf Migranten: „illegale“? Vielleicht doch ablenken von unseren wirklich großen Problemen wie der verfehlten Klimawende? Von einer kaputt gesparten Bahn, die für die Verkehrswende nicht taugt. Von einem Gesundheitswesen, in dem Beschäftigte überfordert sind und Patienten das erleiden müssen. Überall fehlt Geld, aber die Hochrüstung verschlingt unglaubliche Summen. Darüber lohnt es sich doch einmal nachzudenken, nur so zum Beispiel.

Christa Führer-Rößmann, Offenbach

Lächerliche Luxusprobleme

Bösartiger Regen, hinterhältig vom aufgeheizten Mittelmeer aufsteigend, droht aus der Fremde kommend unser Land zu überschwemmen. Momentan wird unsere Grenze ja „geschützt“. Allerdings nicht vor ausländischen Wassermassen. Sondern vor Menschen, die zu uns fliehen, weil sie nicht bei sich zu Hause bombardiert und gefoltert werden wollen. Lächerliche Luxusprobleme. Für manche, die selbst noch nie gefoltert wurden.

Ich wüsste nun gerne von Ihnen, liebe Bundesregierung und liebe Opposition: Bestünde eventuell die Möglichkeit, mithilfe der Grenzbeamten die illegalen ausländischen Wassermassen zurückzuweisen? Man könnte damit verhindern, dass Deutsche fliehen müssen, wenn dieses ausländische Wasser zu Hause bleibt, wo es hingehört. Alternativ könntet ihr natürlich auch die Ursachen für die überschwemmten Flüsse beseitigen. Also Treibhausdingens, kennt man ja, wird seit Jahrzehnten diskutiert. Lieber trocken im Bus sitzen oder lieber nass im SUV?

Ich habe volles Vertrauen in Euch. Ihr habt das Zeug zum Handeln, liebe Bundesregierung und liebe Opposition. Wer es schafft, Menschen unter Generalverdacht zu stellen (die Syrer, die Afghanen, die jungen Männer) und kaltblütig in Folterländer zu schicken, der müsste auch Klimaschutz anpacken können.

Michael Lübbers, Marienhafen

Immer weniger Ärzte nehmen Abbrüche vor

Ungewollte Schwangerschaften: „Abtreibung soll aus Strafgesetz verschwinden“, FR-Politik vom 17. September

Im vermeintlich liberalen Hessen wird die Situation für Frauen, die ungewollt schwanger sind, immer schwieriger. Zwar gibt es in Frankfurt einige Ärzte, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen, aber es werden immer weniger, und Frauen, die sich zu diesem Schritt erst nach der zehnten Schwangerschaftswoche (bis zur 14. Woche nach dem ersten Tag der letzten Menstruation ist dieser zwar gesetzeswidrig, bleibt aber straffrei) durchbringen können, ist die Versorgung selbst im Rhein-Main-Gebiet inzwischen höchst problematisch. Bis vor kurzem gab es hier noch vier Ärzte, die bereit und in der Lage waren, diese Operation auch nach der

zehnten Schwangerschaftswoche noch durchzuführen. Inzwischen hat sich die Situation grundlegend geändert. Zwei der Kollegen sind verstorben. Auch ich bin inzwischen im Rentenalter und werde eines Tages nicht mehr operieren können. Dies bedeutet, dass dann nur noch eine einzige Praxis in unserer Region Frauen in dieser schwierigen Situation helfen kann. Obwohl die Länder, also auch Hessen, verpflichtet sind, „das Angebot ambulanter und stationärer Einrichtungen zur Vornahme von Schwangerschaftsabbrüchen sicher zu stellen“, ist die Anzahl zuständiger Einrichtungen in den letzten 20 Jahren um 20 Prozent gesunken. Selbst das

Krankenhaus in Frankfurt-Höchst, in dem ich meine Ausbildung zum Frauenarzt absolviert habe, ist heute nicht mehr bereit, Frauen mit einer Konfliktschwangerschaft zu betreuen. Das ist ein Skandal!

Ein Grund, weshalb sich viele Ärzte scheuen, diese Operation anzubieten, ist die Angst vor der gesellschaftlichen Stigmatisierung. Auch ich, der seit 40 Jahren Schwangerschaftsabbrüche durchführe, musste mir schon von einer Fachkollegin anhören, dass Ärzte, die dies tun, „etwas Schmutzige an sich haben“. Der Papst verglich vor fünf Jahren eine Abtreibung mit Auftragsmord!

Dr. George Langhans, Frankfurt



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie: frblog.de/f20240924

FR ERLEBEN

Claus-Jürgen Göpfert präsentiert sein Buch „Wer nicht hören will, wird bestreikt“ mit Jürgen Hinzer, dem früheren Bundesstreikbeauftragten der Gewerkschaft NGG.
Sonntag, 29. September, 11 Uhr
Naturfreundehaus, Am Poloplast 15 Frankfurt

Stephan Hebel lädt wieder ein zu „Hebels aktueller Stunde“ mit Vortrag und Diskussion zu politischen Themen.
Livestream: fr.de/hebelstunde
Montag, 30. September, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5 Frankfurt

Claus-Jürgen Göpfert moderiert die Podiumsdiskussion „Wird die Linke noch gebraucht?“ Mit dem Soziologen Klaus Dörre (Uni Jena), Philipp Türmer (Juso-Vorsitzender), Berfe Budak (IG-Metall-Jugendsekretärin) und Michael Müller (Fraktionsvorsitzender der Linken im Frankfurter Römer).
Dienstag, 1. Oktober, 19 Uhr
Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Einsamer Rufer

Zu: „Wasser auf die AfD-Mühlen!“, FR-Meinung vom 16. September

Danke an die Frankfurter Rundschau, dass sie Christoph Butterwege erneut Raum für einen Gastbeitrag gibt.

Die Ampel kann nur noch getrieben von der FDP neoliberaler Politik. Soziale Gerechtigkeit kommt immer mehr unter die Räder! Dazu kommt die völlig deregulierte Argumentation und der inhumane Umgang mit Flüchtlingen an unseren Grenzen! Innenministerin Nancy Faeser (SPD), und nicht nur sie, wird nicht müde, diese Politik täglich in ARD und ZDF gnadenlos zu vertreten. Die AfD spendet unverhohlenen Beifall!

Und dann noch dies: Der „Deutsche Meister“ in politischer sozialer Eiskälte und Turbo-Neoliberalismus, Friedrich Merz, ist nun Spitzenkandidat von CDU und CSU mit einem Ticket, Bundeskanzler zu werden.

Sei über 60 Jahren bin ich politisch und gewerkschaftlich aktiv. Ich hätte mir nicht träumen lassen, dass ich im hohen Alter eine solche politische Entwicklung noch erleben muss!

Dieter Hooge, Frankfurt

Zur Freude der Taliban

Zu: „Sport als Versteckspiel“, FR-Sport vom 18. September

„Free Afghan Women!“ Für diese Aussage auf ihrem Schal wurde die afghanische Breakdancerin Manizha Talash, die für das Flüchtlingsteam bei den Olympischen Spielen antrat, disqualifiziert. Das hat die Taliban sicherlich erfreut. Gut gemacht, Herr Bach!

Fritz Brehm, Frankfurt

Christliches Menschenbild

Zu: „Papst fordert legale Fluchtrouten“, FR-Politik vom 29. August

„Gott ist mit den Migranten und nicht mit denen, die sie zurückweisen.“ So Papst Franziskus erst am 28. August. Was unser Ministerpräsident (Markus Söder, Bayern, Anm. d. Red.) zu dieser Botschaft wohl denkt? Erst vor kurzem war er auf Besuch bei Papst Franziskus, bekannte sich und den bayerischen Staat zum christlichen Menschenbild und sprach davon, dass die christliche Botschaft die unglaublichste Idee auf diesem Planeten ist.

Aber die unglaublichsten Ideen von Herrn Söder auf dem Volksfest in Gillamoos und anderswo sind doch „Zurückweisung, Abschiebung, Verschärfung, Härte, Bezahlkarte“ und so weiter. Eigentlich unglaublich.

Christian Empl, Dorf